Charlotte Theilmann

Die Fliege und der Hammer.
– Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte
als politisches Instrument in Norwegen? –

„Stellen Sie sich vor, Sie lebten in einem Land, in dem der Staat nie etwas Unrechtes getan hat! In dem wir von Kindesbeinen an lernen, dass der Staat uns Freund und Mutter ist, in dem es eine fast völlige Identifikation des Individuums mit Volk und Staat gibt. Das klingt schön, nicht wahr? Das ist Norvegia felix. Bei uns glaubt man nicht, dass der Staat etwas Unrechtes tun könnte. Selbst die Intelligenz kann das nicht ernsthaft glauben. Wir wissen, dass wir die älteste demokratische Verfassung Europas haben, dass wir im demokratischsten und egalitärsten Land der Welt leben, dass die Diener des Staates, die Beamten, unbestechlich sind und nur das Wohl der Allgemeinheit im Auge haben. Und es geht allen gut. In unserem 324 000 Quadratkilometer großen Freilichtmuseum, in diesem Paradies voll Überfluss und Wohlstand, sitzen wir ruhig und sicher und interessieren uns für andere Dinge.“
(Erik Fosnes Hansen, Schriftsteller)

Die idyllische Beschreibung Norwegens kommt nicht von ungefähr. Nicht nur die Repräsentanten des Nationalstaates sind stets um die Aufrechterhaltung dieses normativen Bildes bemüht, auch der Großteil der norwegischen Bevölkerung würde sich hier wieder finden und besonders deutsche Touristen werden Jahr für Jahr von diesem ‚Paradies voll Überfluss und Wohlstand' angezogen. Auch die Vereinten Nationen küren Norwegen seit mehreren Jahren als das Land mit dem weltbesten Lebensstandard. Zusätzlich verfügt es über solch erhebliche ökonomische Ressourcen, dass es seinen Reichtum wohlwollend teilt und sich selbst als Friedensstifter und humanitäre Großmacht beschreibt, welche für eine internationale Stärkung der Menschenrechte kämpft. Innerhalb dieser heilen Wohlstandswelt scheinen weitreichende Probleme mit Arbeitslosigkeit, wie sie in Deutschland aktuell an den Debatten um die Arbeitsmarktreformen auszumachen sind, unmöglich. Doch auch in diesem Land gibt es Gruppen, welchen ein *Recht auf Arbeit* und in diesem Zusammenhang das *Recht auf einen zufrieden stellenden Lebensstandard* und das *Recht auf soziale Sicherheit* nicht zukommt und es gibt durchaus Stimmen in der norwegischen Gesellschaft, welche diese Probleme aufzeigen.[1]

Ausgehend von dem oben gezeichneten Bild Norwegens und dem Interesse an einem Menschenrechtsdiskurs habe ich mich solchen Stimmen genähert und mich gefragt, mit welchen Strategien, sich diese in eine öffentliche Diskussion einbringen. Die genannten Rechte sind Teile des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte.[2] Dieser ist auch für Norwegen bindend und da das Land wie erwähnt in Sachen Menschenrechte angibt, eine Vorreiterrolle einzunehmen, lag es für mich nahe, dass eine alltägliche Argumentation um diesbezügliche norwegische *Unrechtserfahrungen* in einen

menschenrechtlichen Kontext gebettet werden könnten.[3] Während meiner Forschung zeigte sich jedoch sehr schnell, dass in Bezug auf Armut und Arbeitslosigkeit in Norwegen ein expliziter Menschenrechtsdiskurs nicht selbstverständlich hergestellt wird. Zentrale Elemente der Grundideen der Menschenrechte, wie beispielsweise der Begriff der Gleichheit oder der Würde, werden allerdings in die Diskurse eingebunden. Es stellt sich somit die Frage, warum Menschenrechte als solche in diesem Zusammenhang nicht zu einem aktuellen Strategierepertoire gehören. Welches Bild von Menschenrechten besteht in der norwegischen Gesellschaft und wie funktionieren diese als Instrument des politischen Diskurses, bzw. wieso funktionieren sie in diesem Fall nicht?

Im Rahmen einer neuen politischen Anthropologie beschäftigen sich seit den 1990er Jahren auch Ethnologen vermehrt mit politischen Handlungsräumen. Nach Cris Shore und Susan Wright sind politische Prozesse durch ritualisiertes Handeln und spezifische Codes geprägt. Diese konstruieren die sozialen Ordnungen des Feldes und müssen als Einheit in einem weiteren Kontext verstanden werden.[4] In Anlehnung hieran werde auch ich mein Forschungsfeld kurz beschreiben, um dann der inhärenten Logik der relevanten Organisation zu folgen. Zunächst wird deren lokaler Handlungsraum, welcher durch den organisationsinternen Diskurs charakterisiert ist, beschrieben. Dieser soll in einem nächsten Schritt im Rahmen des nationalen politischen Feldes betrachtet werden. Abschließend wird durch die Beobachtung des Zusammenspiels der beiden Ebenen das gesamte Feld als eine Einheit dargestellt und auf die aufgeworfene Frage hin analysiert.

Es wird sich zeigen, dass auch in Norwegen die Menschenrechte immer noch sehr stark in einem Kontext verortet werden, im welchem eine Spaltung zwischen den politischen und bürgerlichen Rechten einerseits und den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten andererseits ausgemacht werden kann. Diese Kluft besteht weiterhin.

Velferdsalliansen, Norwegen und die Menschenrechte

Bei den Vorarbeiten für meine Feldforschung stieß ich auf reichlich Material. Der Wohlstand des Landes machte sich bemerkbar; es gibt gut ausgestattete Forschungsinstitute, welche zahlreich relevante Literatur und Studien veröffentlichen und mit umfangreichen Internetauftritten präsent sind. Auch das stereotype Vertrauen und die umfassende Gleichheitsvorstellung kamen mir zugute. Es war einfach, Interviews mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung zu bekommen. Während meines fünfmonatigen Aufenthaltes in Oslo wurde ich bezüglich meiner Feldforschung immer wieder auf die Velferdsalliansen (VA; Wohlfahrtsallianz) aufmerksam. Dies ist eine Dachorganisation für mittlerweile 25 Einzelorganisationen, welche sich für ökonomisch, rechtlich und sozial

benachteiligte Gruppen in Norwegen einsetzen.[5] Der Gemeinschaftsakteur wurde 1998 gegründet und bringt heute, stellvertretend für ca. 50.000 Individuen relevante Problempunkte der norwegischen Sozialpolitik in die öffentliche Debatte. Seit November 2005 ist die Organisation außerdem Mitglied in dem European Anti Poverty Network.[6] Alle Vertreter der VA sind von einem rein freiwilligen Engagement zu der derzeitigen Tätigkeit gekommen. Es sind Menschen, welche selbst Mitglieder der vertretenen Gruppen sind: Alleinerziehende, Arme, Arbeitslose. Auf Grund eigener Unrechtserfahrungen repräsentieren sie den kleinen Teil derjenigen, welche selbst aktiv wurden und nun mit sozialpolitischen Problemen arbeiten.

Diese Organisation bot mir im Sommer 2005 für einen Monat einen Arbeitsplatz in ihrem Gemeinschaftsbüro an. Da auch sie an den aktuellen Arbeitsmarktreformen in Deutschland interessiert waren, ergab sich ein Informationsaustausch. Die Grundlagen für den folgenden Beitrag erhielt ich durch teilnehmende Beobachtung und Einzelinterviews mit Vertretern der VA. Eigene anderweitige Beobachtungen und die Stimmen zusätzlicher Einzelinterviews fließen jedoch in das Gesamtergebnis ein.[7]

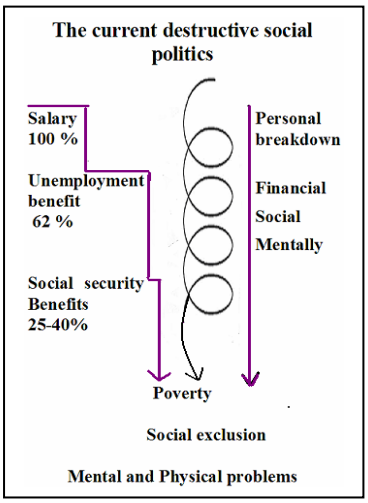
Norwegen hat 1999 ein eigenständiges Gesetz zur Wahrung der Menschenrechte implementiert. In diesem ist u. a. der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte enthalten.[8] Bei einer formulierten Kritik an Unrechtserfahrungen im Bereich der sozialen Sicherheit wäre also ein Bezug auf die menschenrechtlichen Grundlagen auf den ersten Blick durchaus nicht abwegig. Entgegen dieser Vorannahme konnte ich einen expliziten Einbezug solcher Strategien nicht beobachten. Besonders in einem organisationsinternen Diskurs der VA tauchten jedoch immer wieder zentrale Grundsatzideen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in der Argumentation auf. Wenn ich in Interviewsituationen direkt nach einem Zusammenhang der eigenen Strategien und einem Menschenrechtsdiskurs fragte, wurde wie selbstverständlich betont, dass das *Prinzip* der Menschenrechte der Organisation zu Grunde liegt. Die VA steht für konkrete und universelle Forderungen nach Wahlfreiheit, Autonomie und Eigenverantwortung. Hier konnte ich durchaus eine aktive Forderung nach einer Wahrung der gleichen Würde eines jeden ausmachen. Diese kann somit immer als Grundelement der Organisation und ihrer Argumentation gedeutet werden.[9] Es stellt sich aber die Frage, nach welchen Strukturen die spezifische Logik des Feldes funktioniert und wie dieses *Prinzip* der Menschenrechte in die aktuellen Strategien der VA eingebunden wird. Wo liegen die Grenzen des Handlungsraumes?

Argumentation und organisationsinterner Diskurs

Zunächst werde ich die Organisation als Gruppe betrachten. Der lokale Handlungsraum umfasst hier die Beziehungen zu den Gruppenmitgliedern und deren Diskurs. Neben den Vertretern der VA sind dies auch die 50.000 Individuen der Einzelorganisationen. Die Gruppe der ‚Betroffenen' würde ein sehr viel weiteres Feld aufmachen, denn durch die starke Präsens der VA in den Massenmedien, welchen in Norwegen ein hohes Gewicht zugeschrieben wird, sind auch die Konsumenten dieses öffentlichen Diskurses in die Strategien der VA einbezogen.[10] Im Wortlaut der norwegischen Bezeichnung werde ich für eine Eingrenzung der Gruppe im Folgenden den Begriff des ‚Verbrauchers' benutzen.

Nach Bourdieu konstituiert sich eine Gruppe durch ihren Sprecher. Die Delegation von Kompetenzen verändert das Individuum in einen Repräsentanten, welcher einen *natürlichen common sense* erzeugen kann und für die Durchsetzung der legitimen Sicht der sozialen Welt kämpft.[11] Die VA macht sich mit ihren Handlungen vorrangig für die Verbraucher der staatlichen Transferleistungen stark. Sie vertritt im Rahmen dieses ‚natürlichen common sense', der gruppeninternen übereinstimmenden Sicht der sozialen Welt, die Einforderung der als legitim angesehenen Rechte.

Um die dominanten Strategien zu verstehen, möchte ich vorab die allgemeine, das Feld als Ganzes umfassende Argumentation der VA skizzieren. Diese ist mir im Laufe meiner Feldforschung, auch als Antwort auf sehr unterschiedliche Fragen, immer wieder aufgezeigt worden. Es wurde sehr deutlich, dass der dort formulierte Grundgedanke der zentrale Punkt ist, welchen alle Vertreter der VA in überzeugender Klarheit als *das Expertenwissen* der Organisation wiedergeben können.



Die nebenstehende Graphik wendet die VA an, um ihre Kritik an der derzeitigen Sozialpolitik zu verdeutlichen. Das norwegische System praktiziert drei Stufen der Entlohnung. In einem Lohnarbeitsverhältnis erhält man seinen Lohn, in voller Höhe. Verliert man den Arbeitsplatz wird bis zu zwei Jahren ein Arbeitslosengeld bezahlt, welches 62% des vorherigen Lohneinkommens beträgt. Die unterste Stufe staatlicher Transferleistungen bildet derzeit die Sozialhilfe, welche in den Handlungsbereich der Gemeinde fällt und daher landesweit variiert. Durchschnittlich erhält ein Sozialhilfeempfänger zwischen 25 und 40% des ehemaligen Einkommens. Für den gesellschaftlichen Prozess, den diese Politik auslöst, benutzt die VA das Bild einer Sozialspirale. Mit dem stufenweise reduzierten sozialen Status kommt es auf individueller Seite zu einem persönlichen Zusammenbruch: finanziell, sozial

und mental. Ist die unterste Stufe erreicht, kommt es zu Armut, sozialer Exklusion und physischen Problemen. Um diesen Prozess rechtzeitig zu stoppen, fordert die VA ein staatliches, garantiertes Mindesteinkommen, welches oberhalb der Sozialhilfeleistungen läge und eine gleiche Grundlage für alle stellen würde.[12] Ein weiterer zentraler Punkt der VA ist die Ausweitung eines *individuellen Plans*. Das von der norwegischen Regierung vertretene politische Konzept der *Arbeitslinie* besagt, dass so viele wie möglich in Arbeit – hier bedeutet dies Lohnarbeit – gebracht werden sollen und beinhaltet, dass auch der Sozialhilfeempfänger für seine Leistungen arbeiten muss, um ein Anrecht auf die Unterstützung zu haben. Die VA fordert hier, dass der Verbraucher selbst, nach seinen eigenen Prämissen und Bedürfnissen in eine Definition dieser zu leistenden Arbeit einbezogen wird. Die Organisation setzt sich für eine Erweiterung des Arbeitsbegriffes überhaupt ein. Neben Lohnarbeit soll auch freiwillige- und Eigenarbeit[13] in das Konzept einbezogen werden.

In meinen Interviews spiegeln sich allerdings zwei unterschiedliche Kategorien von ‚Ausschmückungen' der genannten Grundargumente wieder. Einerseits konnte ich eine fachliche und auf Fakten basierende Aufladung ausmachen. Eine andere Diskursstrategie beinhaltet eine mehr moralische Argumentation. Dieser gehören Aussagen an wie: *„Der Staat verschiebt also die Kosten. Und wozu macht der Staat das? Um mehr Steuererleichterungen für die Reichen zu schaffen."*; *„Das ist unduldbar, politisch, dass sie es nicht schaffen, in ihrem eigenen Garten aufzuräumen. In Familien, da sorgt man für eine gerechte Verteilung und wir sind ja eine Nation. Es ist nicht politischer Wille etwas zu tun."* Oder: „E*s ist kein würdiges Leben, wenn man in einer Zwangsarbeit lebt, wo man von Übergeordneten kommandiert wird […] Die Arbeitslinie stuft die Würde derjenigen, die arbeiten hinunter, weil sie von den Prämissen des Systems ausgeht und nicht von denen des Individuums. Das sind technokratische Überstülpungen."* Solche, das politische System direkt angreifende Argumentationsstränge funktionieren nur in dem lokalen Handlungsraum der VA. Sie sind in so fern legitim, als die Sprecher der Organisation hier als Mitglieder der vertretenen Gruppe agieren. Sie *„wissen was es braucht"*. Denn *„das, was das Problem ist, ist dass die, die nie arbeitslos waren, es sich kaum vorstellen können"*.

In diesem Sinne hat die VA ein Expertenwissen von der Seite der Verbraucher. Der interne Diskurs ist legitimiert durch eigene Erfahrung und innerhalb dieser spezifischen Wissensgemeinschaft ist eine mehr moralisch angelegte Argumentation möglich. Diese kann teilweise dem Wesen, dem *Prinzip* der Menschenrechte sehr nahe kommen. Mit der Ablehnung der ‚technokratischen Überstülpungen', der ‚Prämissen des Systems' und einer Verwendung des Familienbildes, des Bildes der ‚Gemeinschaft Nation' und der Anklage

ungerechter Steuererleichterungen werden die Prinzipien der größtmöglichen Freiheit des Individuums, der Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Gleichverteilung von Ressourcen explizit gefordert. Diese drei Prinzipe sind nach Stefan Gosepath die Begründungen sozialer Menschenrechte.[14]

Obwohl ich in den alltäglichen Strategien einen expliziten Menschenrechtsdiskurs letztendlich nicht ausmachen konnte, bin ich auf eine Veröffentlichung der VA gestoßen, in welcher es heißt: *„Wir wollen Erna Solberg daran erinnern, dass die UN in ihrer Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bereits 1948 die Zwangsarbeit verbot! Diese Erklärung ist dem norwegischen Recht übergeordnet“.*[15] Auf Nachfrage nach diesem direkten Bezug sagt der Leiter der VA: *„Wir sind etwas weit gegangen, vielleicht. Aber wir wollten in die Medien“.* Der Sprung in die Medien, in einen öffentlichen Diskurs, hat mit dieser Strategie funktioniert. Es bleibt die Frage: zu weit gegangen, für wen? Die Grenzen welches Handlungsraumes wurden hiermit überschritten?

Velferdsalliansen als politischer Akteur

Ihre zentrale Aufgabe sieht die VA darin, die ökonomischen Bedingungen für ihre Gruppenmitglieder zu verbessern. Sie wollen die „*Rechte der Individuen“* stärken und „*Rechte für Menschen“* schaffen. Um dies zu erreichen bildet die Organisation einen Mittler zwischen den Individuen ihrer Gruppe und dem nationalen politischen Feld. Sie agiert aktiv als politischer Akteur in so fern, dass sie in einen direkten Austausch mit Politikern, Parteien, Regierung, Parlament und Bürokratie tritt und dieses Handlungsfeld zu beeinflussen vermag. Seit ihrer Gründung ist die Relevanz der VA als politischem Akteur gestiegen. Den Ausgangspunkt hierfür bildete die letzte Wahlniederlage der Arbeiterpartei. Sie scheiterte hauptsächlich auf Grund ihrer sozialpolitischen Ideen. An diesem Punkt war es die Partei, welche auf die VA zuging und unter Einbezug von deren ‚Wissen' zu besseren Lösungen kommen wollte. Ein aktuelles Beispiel ist eine Debatte um die Reform, bei der es um eine Zusammenlegung der staatlichen Sicherungssysteme und des Arbeitsamtes geht. Eine Vereinigung mit dem Sozialamt wird ebenfalls diskutiert. Auch hier wurde die VA von Verantwortlichen eingeladen, an den Prozessen aktiv teilzunehmen.[16]

Wie aber, mit welchen Praxen und Strategien hat es die VA geschafft, sich für den Eintritt in das nationale politische Feld zu legitimieren? Nach Bourdieu ist das politische Feld beschränkt durch den politischen Diskurs, welcher durch eine spezifische Kompetenz, einen Habitus, gekennzeichnet ist. Derjenige, der in diesen Diskurs eintreten will, muss die spezifische Kultur des Feldes in der Praxis beherrschen. Es bedarf Prüfungen und Übergangsriten, in denen der Neuankömmling beweisen muss, dass die dem Feld inhärente

Logik beherrscht wird[17]. In Interviews und Gesprächen distanziert sich die VA immer wieder von ihren Anfängen als reine Kampf- und Protestorganisation. *„Ich habe sehr viel mehr Erfahrung im sozialpolitischen Feld bekommen und wie man sich in Gemeinschaftsforen ausdrückt […]Die Punkte, die wir voranbringen wollen, nehmen den Ausgangspunkt dort, dass wir die Erfahrungen, die wir aus unseren Organisationen haben, benutzen und diese für die Politiker strukturieren."* Diese Prozesse der Strukturierung begegneten mir auch in den regelmäßigen Arbeitstreffen der VA und Vertretern einzelner Mitgliedsorganisationen. Hier werden Arbeitspläne erstellt, kommende Medienbeiträge diskutiert, so wie Gespräche oder Tagungen mit Politikern und Fachleuten geplant. Für diese Ebene des politischen Diskurses werden weit aus weniger die individuellen Schicksalswege und die persönlichen Zusammenbrüche in den Mittelpunkt gestellt. Statt dem Hinweis *„schau auf den einzelnen Menschen"*, wie er in einem internen Diskurs funktioniert, geht es auf dieser Ebene darum, auf die *„ökonomisch unsinnvolle Verschwendung menschlicher Ressourcen"* zu zeigen.[18]

Anhand der beschriebenen Strategien wird deutlich, dass sich die VA in ihren Diskurspraxen der spezifischen Logik des jeweiligen Gegenübers anpasst und nach den von Bourdieu genannten Bedingungen handelt. *„Also wir sagen ja nicht verschiedene Dinge, aber eine Anpassung des Einfallswinkels."* Im Laufe ihrer Arbeit hat die VA bereits sehr oft mit den verschiedenen Parteien kooperiert. In ihren Strategien bedienen sie ganz bewusst einzelne Stereotype. Leicht ironisch erzählten sie mir, dass man mit der Christlichen Volkspartei gut über arme Kinder sprechen kann, mit der Sozialistischen Linkspartei über Arbeitslosigkeit und Ungerechtigkeit oder mit der Arbeiterpartei über Solidarität und gute Wohlfahrtslösungen. Auch in diesen kleineren Kontexten wird jedoch eine übergeordnete, die dieser Ebene als Gesamte, inhärente Diskursstrategie verwendet. Wie erwähnt, ist dies zum einen die Einbettung der Themen in eine volkswirtschaftliche Konnotation, zum anderen der konkrete Bezug auf aktuelle Statistiken und Forschungsdaten. *„Die großen Linien mit Menschenrechten und sozialer Sicherheit, die brauchen wir ja […]und in die Debatten bringen wir dann diese Forschungsbasierten Daten ein. Z.B. in den Treffen mit dem Sozialkomitee des Parlamentes, da sind es solche Argumente, die vorkommen. Auch die Politiker nennen ja diese Untersuchungen."*

Geht es also im Grunde um die Stärkung und Einforderung derselben Rechte, das Recht auf einen zufrieden stellenden Lebensstandard, auf soziale Sicherheit, das Recht auf Arbeit – und zwar auf Arbeit in einem erweiterten Verständnis –, so konnte ich doch deutlich beobachten, dass für die unterschiedlichen Handlungsräume durchaus anders kontextualisierte Strategien, sich für dieses Recht einzusetzen, genutzt werden. Für den Diskurs mit

Verantwortlichen der Sozialpolitik ist eine wissenschaftlich basierte Argumentationsstrategie, welche sich speziell auf ein ökonomisches Wissen bezieht, zentral. Auf eine mehr moralisch beeinflusste Argumentation, welche direkter in einen Zusammenhang mit sozialen Menschenrechten gebracht werden könnte, wird hier nicht zurückgegriffen. In diesem Zusammenhang kann auch ein grundsätzlicher Argumentationswandel betrachtet werden. Hat die VA anfangs noch den Gesetzestext §110 des norwegischen Grundgesetzes (Recht auf Arbeit)[19] als eine Argumentationsgrundlage herangezogen, so steht heute die angesprochene Forschungsbasierte Argumentation im Vordergrund. Die VA verortet ihr ‚Expertenwissen' aber gerade nicht im juristischen Bereich, denn damit würde sie sich einerseits von den Mitgliedern ihrer Gruppe wegbewegen, zum anderen, im Sinne Bourdieus, von den Politikern als nicht fähig erachtet werden, das nationale politische Feld zu betreten und an dem politischen Diskurs teilzuhaben. Durch die Kombination einer moralisch angelegten Argumentation auf Grund eigener Erfahrungen und einem ökonomisch unterlegtem wissenschaftlichen Strategierepertoire ist die VA in ihrer Rolle als Mittler im Bereich der Sozialpolitik legitimiert.

Soziale Sicherheit und Menschenrechte in Norwegen

Es bleibt trotzdem zu fragen, warum aber in Norwegen bei Themen wie sozialer Sicherheit oder Arbeit Gesichtspunkte einer moralischen Argumentation und eine explizite Verknüpfung des allgemeinen Diskurses mit rechtlichen Verankerungen, speziell mit sozialen Menschenrechten, nicht funktioniert. Gerade auf der Ebene des nationalen politischen Diskurses generiert Norwegen von sich gerne das offizielle Bild, in Sachen Menschenrechte sehr fortschrittlich zu sein. Auch der Großteil der Bevölkerung ist sich hierin einig und bisweilen werden die Norweger sogar als ‚human-rights Jetsetter' bezeichnet.[20] In offiziellen Dokumenten wie beispielsweise dem nationalen Handlungsplan zur Bekämpfung der Armut wird durchaus eine Anerkennung der Menschenrechtsprinzipien zugrunde gelegt. Zumindest in den Einleitungen schriftlicher Erklärungsgrundlagen wird immer wieder auf eine Achtung der Menschenwürde hingewiesen. Handlungspläne werden damit begründet, ein würdigeres Leben für die Betroffenen sicher zu stellen. Ich fragte einen Vertreter der VA, wie er das einschätzt: *„Das ist Schmuck!"* sagte er und lacht.

„Menschenrechte bilden den Rahmen, der den Spielraum für legitime demokratische Entscheidungsmöglichkeiten markiert. Innerhalb dieses normativen Rahmens kann es demokratischen Prozessen obliegen, zum einen die notwendige rechtliche Interpretation und Konkretisierung der Menschenrechte vorzunehmen und zum anderen nach Maßgabe pragmatischer, ethischer und (über die Menschenrechte hinausgehender) moralischer Gründe

eine politische Ordnung zu institutionalisieren und zu regeln" (Gosepath S. 155). Dass dieser „Schmuck" also – zumindest oberflächlich in politischen Rechtfertigungen – gebraucht wird, deutet auf eine bestehende kollektive moralische Verantwortung in der norwegischen Gesellschaft und auf eine spezifische politische Gerechtigkeitslehre hin. Dass aber in Bezug auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ein expliziter Rekurs auf Menschenrechte als solche in alltäglichen Diskursen verhältnismäßig wenig bis gar nicht auftritt, lässt fragen, welches Bild von Menschenrechten in Norwegen besteht und wie dieses in den Alltagsstrategien funktioniert.

„Es ist nicht lange her, dass wir Gro Harlem Brundtland als Staatsministerin hatten und sie meinte ja, in Norwegen gibt es keine Armut. Das war nur in Afrika oder Südamerika und so. Und dasselbe ist es ja mit den Menschenrechten hier in Norwegen. Die norwegischen Politiker und zum größten Teil die norwegische Gesellschaft sind total überzeugt davon: das ist kein Problem, es gibt keinen besseren Ort als Norwegen". Eine aktive Menschenrechtsdiskussion in Bezug auf diese inländischen Probleme kann somit nicht benutzt werden, da sie in diesem Falle zu übergewichtig ist. *„Das kann dann so aufgefasst werden, wie eine kleine Fliege mit einem großen Hammer zu erschlagen".* Sicher könnte man mit der Nutzung solcher Argumente, gerade durch die übergewichtige Aufladung, anfangs ein Aufsehen erregen. Langfristig jedoch würde die VA mit einem solchen Argumentationsstrang sicher nicht mehr als legitimer Sprecher für ihre Sache anerkannt werden. Selbst die zahlreichen spezifischen Menschenrechtsorganisationen, welche in Norwegen arbeiten, beziehen sich hauptsächlich auf eine Sensibilisierung internationaler Menschenrechtsverletzungen. Oslos Haupteinkaufsstraßen sind, zumindest im Sommer, dicht besetzt von Vertretern solcher Organisationen. Diese bestätigten mir, dass doch eine große Zahl der Passanten sehr interessiert an ihrer Arbeit ist. Wenn ich fragte, ob sie sich auch mit inländischen Problempunkten, wie z.B. der norwegischen Armut und Arbeitslosigkeit in Bezug auf die relevanten Grundlagen in den sozialen Menschenrechten beschäftigen, war eine Antwort: *„Also, in Norwegen geht es uns ja ziemlich gut und wir sind ja so ein reiches Land, dass wir in anderen Ländern viel bewegen können mit dem Geld"* (Vertreter Amnesty Norge, 18.07.05). Von Seiten der Politik ist nach der Nachfrage, warum denn für die von Armut betroffenen Gruppen in Norwegen nicht explizit mit einem Menschenrechtskontext argumentiert werden kann, zu hören: *„Das ist etwas schwierig, weil die UN Konvention, welche die ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte regelt, sehr weit ist. Und es wird kein Absolut gegeben. Sie sagt ganz deutlich, dass Staaten, die unterzeichnen, daran arbeiten sollen, auf ein bestimmtes Niveau zu kommen […] Aber diese Mindestnormen sind nicht auf*

norwegische Verhältnisse eingestellt, sondern wurden bisher eher in Bezug auf arme Länder genutzt" (Gro Lindstad, Politische Ratgeberin Sozialistische Linkspartei, 08.06.05).

Neuere soziologische Theorien nach Habermas oder Turner besagen, dass Menschenrechte heute als eine neue Form von Solidarität in der internationalen Gesellschaft gelten.[21] Auch in einem norwegischen Kontext und dessen Alltagspraxen funktionieren Menschenrechte und somit auch Menschenrechtsdiskurse heute vorrangig für Problembereiche der internationalen Ebene. In einem inländischen Diskurs macht sich aber neben dieser Abstufung von international zu national außerdem ein erheblicher Kontrast zwischen der Funktionsweise bürgerlicher und politischer Rechte einerseits und wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte andererseits auf. An dem Beispiel Recht auf Arbeit, Recht auf zufrieden stellenden Lebensstandard und soziale Sicherheit hat sich gezeigt, dass diesbezügliche Probleme nicht in einen expliziten Menschenrechtsdiskurs gestellt werden.[22] Dies lässt die These aufstellen, dass Menschenrechte, sowohl im politischen- wie auch im gesellschaftlichen Feld, immer noch in sehr starkem Maße im Rahmen ihrer Ursprungssituation verortet werden. In der frühen Nachkriegszeit, die 1948 zu der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte führte und der Zeit des kalten Krieges, waren sie an einen ideologischen, wie auch an einen Machtkontext gebunden. Für die ‚westlichen' Teile der Welt standen bürgerliche und politische Rechte, wie beispielsweise die Meinungsfreiheit, sehr hoch. Diese wurden vorbildlich eingehalten und auf dieser Grundlage konnte der ‚andere' Teil der Welt, vorzüglich die Sowjetunion und der Kommunismus, kritisiert werden. *„Auch Norwegen war immer besonders beschäftigt mit den zivilen Rechten. Speziell unter dem kalten Krieg, wenn z.B. ein ostdeutscher Autor eine Zeile im Gedicht gestrichen bekam, so war das sofort auf der Titelseite der Tageszeitung. […] Ich habe nie einen Artikel in norwegischen Zeitungen gesehen, dass es 100.000 Brüche von Menschenrechten gibt, aufgrund der 100.000 Arbeitslosen"* (Kjell Underlid, Professor Fachhochschule Bergen, 03.06.05). Verletzungen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte kamen weit aus weniger in diesem ‚anderen' Teil der Welt vor und waren eher Schwachpunkte der eigenen Reihen. Dass aus diesem Grund dieser Teil der Menschenrechte sehr viel schwächer in die öffentliche Diskussion eingebracht wurde, ist nachvollziehbar. *„Governments are generally averse to human rights reporting on their own country"* (Wilson, S.153)[23].

Ein alltäglicher Menschenrechtsdiskurs, welcher von Menschenrechtsverletzungen handelt, ist somit immer noch von einer Trennung der einzelnen Konventionen geprägt. Geht es um nationale norwegische Unrechtserfahrungen im Bereich sozialer Menschenrechte, so ist die Darstellung eines expliziten Zusammenhangs nicht Element der spezifischen Strategien.

Bei einem Eintritt in das nationale sozialpolitische Feld stellen die Menschenrechte nicht das legitimierte Wissen dar, welches die Türen für diesen Diskurs- und Handlungsraum öffnet.

Ausblick

Abschließend lassen sich anhand der dargestellten Beobachtungen Überlegungen zu einer allgemeinen Tendenz anstellen. Der vermehrte Einbezug der VA in das nationale politische Feld lässt sich meines Erachtens durch einen gegenseitigen Anpassungsprozess erklären. So ist die Politik durch den demokratischen Prozess auf Wählerstimmen fixiert. Es hat sich gezeigt, dass nach schlechten Wahlergebnissen auf Grund von Sozialpolitik gewünscht wird, die Verbraucher dieser Politik mehr oder weniger direkt in die Prozesse einzubeziehen. Die Verbrauchermitwirkung wird als interessante Strategie betrachtet, bestmögliche Ergebnisse zu erzielen und bietet neue politische Handlungsräume. Auf der anderen Seite leisten die Verbraucher einen Anpassungsprozess, indem sie einigen Mitgliedern aus der eigenen Gruppe Kompetenzen delegieren und durch diese Repräsentanten die eigenen Anliegen in der spezifischen Weise des politischen Diskurses thematisieren.

Bourdieu definiert den Eintritt in das politische Feld und die damit zu leistende Übernahme der dort inhärenten Regeln, als einen Prozess der stetigen Wegbewegung von den Laien. Geht man dagegen von einer allgemeinen Lerntendenz aus, von einer beidseitigen Anpassung, welche durch die je spezifischen, inhärent logischen Strategien verwirklicht wird, so ist *das Feld als Gesamtes* durch einen Prozess zu charakterisieren. Auch auf Seiten des nationalen politischen Feldes sind dann Anpassungen der Diskurse und der Grenzen des Handlungsfeldes möglich. Es bleibt im Fall Norwegens zu schauen, welche Entwicklungen in dem beschriebenen Problemfeld in näherer Zukunft unter der neuen rot-grünen Regierung auszumachen sind. Diese zentrum- links Alternative aus Sozialistischer Linkspartei, Arbeiterpartei und Zentrumspartei hat im Herbst 2005 die bürgerlich-konservative Regierung abgelöst und *„steht, jedenfalls in der Rhetorik, für eine wenig alternativere Sozialpolitik“* (Kjell Underlid, 03.06.05). Besonders die Sozialistische Linkspartei hat in der Wahlphase ihre Vorstellungen von Armut und Armutsbekämpfung in Norwegen stark gemacht. Zwar nicht explizit im Wahlkampf, aber in der Ideologie und im Interview spricht sich die Partei für eine stärkere Fokussierung auf die Menschenrechte aus. Hierbei geht es vorrangig um die Implementierung weiterer Konventionen in die norwegische Menschenrechtsgesetzgebung, um eine Trennung in unterschiedlich gewertete Konventionen aufzuheben. *„Wir versuchen eine Armuts- Menschenrechtsperspektive zu erfassen, an allen Stellen wo wir das können“* (Gro Lindstad, 08.06.05). Es ist abzuwarten, ob sich im Rahmen der spezifischen norwegischen Solidaritäts- und Gerechtigkeitskultur auch die Spaltung zwischen den

bürgerlichen, politischen und den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten verringern wird und somit auch für einen inländischen Diskurs eine mehr moralische Argumentationsmöglichkeit im sozialpolitischen Feldes möglich wird.

---

[1] Im internationalen Vergleich weist Norwegen zwar relativ hohe soziale Sicherheit auf, dennoch stieg die Zahl der Personen mit einem Einkommen unter der Armutsgrenze in den letzten Jahren an. Im Durchschnitt lag die Arbeitslosenrate in 2005 bei 4,6%. Von den insgesamt 2400.000 erwerbsfähigen Personen waren 111.000 als arbeitslos registriert. Bezieht man jedoch alle Statistiken und Schätzungen in die Berechnungen ein, z.B. Sozialhilfeempfänger, Arbeitssuchende, welche andere Leistungen des Staates beziehen oder derzeit unterbeschäftigt sind, zeigen inoffizielle Quellen auf, dass insgesamt ca. 360.000 Arbeitsplätze fehlen. Vgl.: www.ssb.no/emner/06/01/aku/tab-2006-02-01-01.html (aufgerufen am 28.02.2006) und www.velferdsalliansen.no (aufgerufen am 14.02.2006).

[2] Der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 folgten 1966 zwei weitere UN-Pakte. Dies ist einerseits der genannte Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte(Sozialpakt) und der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt).

[3] Norwegen ist beispielsweise eines der ersten westlichen Länder, welches dem Aufruf der Schlusserklärung der Weltmenschenrechtskonferenz von 1993 nachkommt und einen nationalen Handlungsplan über Menschenrechte erstellt. In diesem macht es seinen Wunsch nach einer Vorreiterrolle deutlich. Vgl.: NOU 1993:18 ”Om lovgiving om menneskerettigheter og Regjeringens forslag til menneskerettighetslov” und St.meld.nr.21(1999-2000) ”Menneskeverd i sentrum”.

[4] Vgl.: Shore, Cris/Wright, S.: Policy. A new field of Anthropology. In: Dies. (Hrsg.): Anthropology of policy. Critical Perspectives on governance and power. London 1997, S.4-39.

[5] Zu diesen Gruppen zählen beispielsweise die Vereinigung für Alleinerziehende, Mieter- und Obdachlosenvereinigungen, Zusammenschlüsse körperlich Behinderter oder auch, für meine Auswahl entscheidend, der Norwegische Verbund der Arbeitssuchenden.

[6] Vgl.: www.eapn.org (aufgerufen am 30.03.2006).

[7] Im Folgenden werden Zitate, welche aus Interviews mit Vertretern der VA stammen nicht extra gekennzeichnet. Im Sinne eines Gemeinschaftsakteurs werde ich die Organisation als eine Gruppe behandeln. Interviewpassagen anderer Gesprächspartner werden gekennzeichnet. Alle Interviews wurden auf Norwegisch geführt und werden hier anhand eigener Übersetzungen wiedergegeben.

[8] Außerdem enthält das Gesetz den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und die Europäische Menschenrechtskonvention. Vgl.: www.lovdata.no/all/nl-19990521-030.html (aufgerufen am 28.02.2006).

[9] Bereits in der Satzung der Organisation ist unter Punkt zwei die Arbeit für Gerechtigkeit und Gleichwürdigkeit genannt. In dem organisationseigenen Handlungsplan zur Bekämpfung der Armut steht in Punkt eins die Forderung, dass die norwegische Sozialpolitik auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aufbauen muss. Vgl.: www.velferdsalliansen.no (aufgerufen am 14.02.2006).

[10] Im Interview werden mir die norwegischen Medien als vierte Staatsmacht charakterisiert. Deshalb setzt die VA hier auf eine aktive Teilnahme. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem zentralen Fernseh- und Rundfunksender NRK und den landesweiten Tageszeitungen Aftenposten und Dagsavisen. Regelmäßige Diskussionsbeiträge, Interviews und Presseerklärungen gehören zu einer der Hauptstrategien der VA sich sicht- und hörbar zu machen.

[11] Vgl.: Bourdieu, Pierre: Das Politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz 2001.

[12] In Bezug auf die Forderung eines garantierten Mindesteinkommens bezieht sich die VA immer wieder auf die Daten des staatlichen Forschungsinstitutes für Verbraucherforschung Sifo, welches auf wissenschaftlicher Grundlage die Summe berechnet hat, welche in Norwegen benötigt wird, um die Lebenshaltungskosten angemessen zu decken. Diese beträgt für eine erwachsene Person monatlich ca. NOK 6.000 (ca. € 750; ohne Einbezug von Wohn- und Heizkosten, so wie medizinische Versorgung, Autohaltung, Ferien usw.). Vgl.: www.sifo.no (aufgerufen am 14.02.2006).

[13] Unter Eigenarbeit fallen hier auch Weiterbildungen oder Rehabilitationsmaßnahmen. Laut VA ist dies *„alles, was einen selbst und die Gesellschaft weiter bringt“*.

[14] Nach Gosepath sind Menschenrechte eine Untermenge moralischer Rechte, wobei die verleihende Instanz das Selbst ist, solange es sich unter die Moral der gleichen und universellen Achtung stellt. Bei den drei Begründungsprinzipien für soziale Menschenrechte stellt er die gerechte Verteilung der Ressourcen in den Vordergrund. Diese wiederum sei eine Interpretation des moralischen Prinzips. Vgl.: Gosepath, Stefan (1998): Zu Begründungen sozialer Menschenrechte; In: Gosepath, Stefan/Lohmann, G. (Hrsg.): Philosophie der Menschenrechte; Frankfurt am Main S.146-187.

[15] Varden 19.05.05. Erna Solberg ist die Parteivorsitzende von Høyre (Rechts). Das Dokument der VA bezieht sich auf die Eröffnungsrede Solbergs auf dem Partei Landestreffen. Die Parteivorsitzende unterstützt hier die Idee, dass Sozialhilfeempfänger für ihre Unterstützungsleistungen arbeiten sollen.

[16] Das Dokument über die neue Arbeits- und Wohlfahrtsverordnung gibt an, dass bis 2007 die bisherigen Ordnungen und Vorschriften diskutiert werden sollen, um neue Pläne zu entwerfen. Vgl.: St.prp.nr.46 (2004-2005) und www.nav-interim.no/nav/ (aufgerufen am 30.03.2006). Die VA sitzt u. a. mit einem Vertreter im Ausschuss.

[17] Vgl.: Bourdieu, Pierre: Das Politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz 2001.

[18] Es geht hierbei um die Tatsache, dass der von der Regierung ausgearbeitete „Handlungsplan zur Bekämpfung der Armut" spezielle Gruppen herausnimmt, welche durch neue Umverteilungsmaßnahmen besser gestellt werden sollen. Dies sind vor allem Gruppen, welche bereits auf dem untersten Niveau der Sozialhilfe angekommen sind. Die Gelder hierfür werden durch Leistungskürzungen der „nächst Ärmsten", besonders der Arbeitslosen, genommen, so dass auch diese schneller auf das niedrigste Niveau fallen. Die VA argumentiert, dass es sehr viel sinnvoller wäre, diese Stufe erst gar nicht zu erreichen. Denn hierdurch ergeben sich meist noch sehr viel weitere Probleme (siehe Graphik), welche dann einer sehr kostenaufwendigen Behandlung bedürfen. Ein garantiertes Mindesteinkommen würde die Sozialspirale nicht in diesem Maße auslösen und somit im Endeffekt kosten sparen.

[19] Nach dem Norwegischen Grundgesetz §110 heißt es: *„es obliegt dem Staat, die Verhältnisse so zurecht zu legen, dass sich jeder arbeitstüchtige Mensch sein Einkommen durch eigene Arbeit sichern kann"* (eigene Übersetzung).

[20] In Hinsicht auf die norwegische 100-Jahrfeier der Unabhängigkeit im Jahr 2005, wurde eine weitreichende Debatte um ‚die Norwegische Identität' eingeleitet. Hier fiel u. a. die Bezeichnung Norwegens als ‚human-rights- Jetsetter' durch den dänischen Politiker und Redakteur Hans Engell. In dem Zusammenhang der Debatte steht auch eine Bevölkerungsstudie, in welcher sich 92% der Norweger dafür aussprechen, dass sie eine reiche Nation sind, die ihre Ressourcen durch humanitäre Aktionen mit anderen teilt.

[21] Vgl.: Thuesen Pedersen, Fredrik: En kontroversiel rettighed. Negativ foreningsfrihed og solidaritet på det senmoderne arbejdsmarked. In: Norsk Tidskrift for Menneskerettigheter Vol. 23 (2:2005), 2005, S.174-188.

[22] Eine Ausnahme allerdings bilden die Teile des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, welche in Bezug zu den Rechten des Kindes stehen. Für diese Gruppe wird vermehrt auch explizit auf die menschenrechtliche Verankerung hingewiesen. Dies funktioniert in der spezifischen kollektiven Moralvorstellung, da Kinder die schwächste Gruppe überhaupt sind.

[23] Wilson, Richard A.: Representing Human Rights Violations. Social contexts and subjectivities. In: Ders. (Hrsg.): Human Rights, Culture and Context. Anthropological Perspectives. London 1997, S. 134-160.